Bezugspreis für Oktober durch die Post bezogen 2,00 Mk. ausschl. Bestellgeld, in der Stadt Münster 2,00 Mk.
Beilagen: „Am Weg der Zeit" (für das Geistesleben der Gegenwart), „Der Erzähler", „Der Frauen Welt und Heim" „Jugendland", „Der Wanderer" (für Reise, Bäder und Verkehr), „Stamm und Scholle" (aus Leben und Geschichte der Heimat), „Technik und Erfindung", „Der Münsterländer" (für Feld, Garten und Haus).
Sonder-Ausgaben: Steinfurter Anzeiger, Warendorfer Anzeiger, Westmünsterländer Anzeiger, Borken-Bocholter Anzeiger (nur für die Bezieher der jeweiligen Kreise wochentäglich).
Redaktion und Verlag Gallitzinstraße 13, Ecke Hamburger Straße — **Fernsprecher** Nr 2448 2449 und 2450.
Geschäftsstelle: Münster, Prinzipalmarkt 13/14 Fernspr. Nr. 78. — Rheine, Emsstraße 34 a. Fernspr. 670.
Berliner Redaktion: Paul Fr. Hüsgen, Berlin SW 48, Hedemannstraße 25 Fernsprecher Hasenheide 883.

Münsterischer Anzeiger
und Münsterische Volkszeitung

Preis 10 Pfg. im Einzelverkauf.
Anzeigen: Das mm Höhe, 29 mm breit, kostet für Anzeigen von Auftraggebern außerhalb des Reg.-Bezirks Münster, sowie für alle amtlichen Finanz-, Sammel-, Markenartikel- und Vergnügungsanzeigen 15 Pfg., für sonstige Anzeigen aus dem Reg.-Bez. Münster 11 Pfg., aus der Stadt Münster 8 Pfg. Familienanzeigen 8 Pfg., bei Barzahlung 7 Pfg., kleine Anzeigen des privaten Verkehrs aus Münster bei Barzahlg. 6 Pfg.
Reklamen: Das mm 90 Pfg (Spaltenbreite 90 mm). Für Erfüllung von Platzvorschriften sowie Aufnahme an bestimmten Tagen und in bestimmter Größe wird keine Gewähr, sowie für Druck- und Schönheitsfehler keine Haftung übernommen. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kann verweigert werden, wenn Zahlung nicht binnen 4 Wochen nach Erhalt der Rechnung erfolgt.
Beilagen: Gebührenberechnung nach Gewicht.
Postscheck-Konto Köln 42 114. Erfüllungsort Münster i. W.

Morgen-Ausgabe. Freitag, den 14. Oktober 1927 76. Jahrgang. Nr. 1051

Die Besoldungsvorlage vom Reichsrat angenommen.

Scharfe Teilopposition gegen die Regierung.

‡ **Berlin,** 13. Oktober.

Der Reichsrat genehmigte in seiner heutigen öffentlichen Sitzung zunächst neben kleineren Vorlagen die Handelsverträge mit Frankreich und Japan. Den wichtigsten Punkt der Tagesordnung bildet die Besoldungsordnung. Der Vorsitzende, Staatssekretär Dr. Popitz vom Reichsfinanzministerium, erklärte, Minister Dr. Köhler könne zu seinem großen Bedauern in dieser wichtigen Sitzung nicht selbst den Vorsitz führen, weil er durch die Teilnahme an einer Kabinettssitzung ferngehalten sei.

Der Berichterstatter der Ausschüsse, Ministerialdirektor Dr. Weye, wies auf die grundlegenden Änderungen hin, die die Vorlage der Reichsregierung in das bisherige Besoldungssystem bringe. Die Öffentlichkeit habe den Grad der Erhöhung der Beamtengehälter vielfach zu hoch eingeschätzt und übersehen, daß die prozentuale Erhöhung mit 19—25 Prozent sich nur auf die Grundgehälter beziehe, während die Erhöhung des Einkommens der Beamten geringer sei. Die Ausschüsse beantragten mehrere Änderungen der Vorlage. So solle der Wohnungsgeldzuschuß der ledigen Beamten auf die Hälfte des Satzes der übrigen herabgesetzt werden.

Staatssekretär Popitz beantragte seitens der Reichsregierung in diesen Punkten die Wiederherstellung der Regierungsvorlage. Für diesen Antrag erklärten sich auch sämtliche preußischen Stimmen, die Hansestädte und Lübeck. Mit 37 gegen 31 Stimmen wurde aber der Antrag der Reichsregierung abgelehnt und die Ausschußfassung angenommen. Staatssekretär Dr. Popitz erklärte darauf, daß die Reichsregierung sich ihre Stellungnahme zu diesem Beschluß vorbehalte.

Zu der Bestimmung der Vorlage, daß Änderungen von Amtsbezeichnungen vom Reichspräsidenten verfügt werden können, wurde von einem Vertreter des Reichsinnenministeriums auf eine preußische Anfrage erwidert, daß die Reichsregierung als Amtsbezeichnungen ausschließlich Bezeichnungen von Ämtern betrachte, die mit ihnen verbunden seien. Eine etwaige Verleihung von Titeln in Einzelfällen könne und solle in der Vorlage keine Stütze finden.

Der Vertreter Sachsens beantragte Streichung der Bestimmung der Vorlage, daß Änderungen der Besoldungsordnung durch Gesetz erfolgen können. Gegen diesen Antrag sprachen sich die Vertreter der Reichsregierung aus. Mit 37 gegen 31 Stimmen wurde dann der Antrag abgelehnt.

Die Ausschüsse hatten ferner den Antrag eingebracht, den Ländern die Deckung der mit der Besoldungsordnung verbundenen Mehrausgaben dadurch zu erleichtern, daß ihr Anteil an dem Aufkommen der Einkommen- und Körperschaftssteuer von 75 Prozent auf 80 Prozent erhöht wird. Nach Annahme dieses Antrages erklärte Staatssekretär Dr. Popitz, die Reichsregierung könne sich mit diesem Beschluß nicht abfinden und werde dem Reichstag eine Doppelfassung unterbreiten.

Bayern beantragte besondere Vergünstigungen für die finanziell schwachen Länder durch eine Änderung des Finanzausgleichsgesetzes. Dieser Antrag, für den außer Bayern noch Württemberg, Baden, Thüringen, Mecklenburg-Schwerin, Oldenburg, Braunschweig, Anhalt, Lippe, Mecklenburg-Strelitz und Schaumburg-Lippe stimmten, wurde jedoch mit 39 gegen 27 Stimmen abgelehnt.

Nach Annahme der Einzelbestimmungen gab Gesandter von Preger die Erklärung ab, die bayerische Regierung sei nach Ablehnung ihres Antrages zum Finanzausgleichsgesetz nicht in der Lage, der Vorlage zuzustimmen. Sie verkenne keineswegs die Notwendigkeit einer Erhöhung der Beamtenbezüge, aber es wäre Pflicht der Reichsregierung gewesen, vor Einbringung dieser Vorlage mit den Ländern und Gemeinden Fühlung zu nehmen, um die Frage zu prüfen, wie Länder und Gemeinden die Ausgaben decken könnten, die sie aus eigener Kraft nicht leisten könnten. Der Vertreter von Hessen schloß sich dieser Erklärung an. Die Vertreter von Württemberg, Sachsen, Thüringen und anderer Staaten erklärten, sie befänden sich zwar in der Zwangslage, im Interesse der Beamten die Vorlage anzunehmen, aber sie könnten das nur unter der Voraussetzung tun, daß die Reichsregierung die Länder finanziell in die Lage versetze, die neuen großen Ausgaben auch leisten zu können.

Staatssekretär Dr. Popitz bestritt, daß der Reichsfinanzminister es versäumt habe, sich mit den Ländern in Verbindung zu setzen. Der Minister stehe aber auf dem Standpunkte, daß die Länder nicht anders gestellt seien als das Reich. Auch das Reich könne die neuen großen Aufwendungen nur leisten in der Erwartung, daß sich das Aufkommen aus den vorhandenen Steuern erhöhen werde. Reich und Länder befänden sich in einer Schicksalsgemeinschaft und beide zusammen müßten jetzt den Schritt der Beamtenbesoldung tun oder lassen.

Die Vertreter Bayerns und Sachsens erwiderten, der Reichsfinanzminister habe sich mit den Ländern erst in Verbindung gesetzt, als die Besoldungssätze schon feststanden.

Staatssekretär Popitz erklärte demgegenüber, die Reichsregierung könne diese Feststellung nicht anerkennen. Er stellte dann fest, daß die Besoldungsordnung mit Mehrheit angenommen worden sei.

Der Reichsrat stimmte ferner den deutsch-tschechoslowakischen Verträgen zur Regelung der Grenzverhältnisse des Hultschiner Ländchen sowie über den Bau und Betrieb einer Eisenbahn durch das Schweinitztal, ferner der Vereinbarung mit Norwegen über die Einführung eines Vertragszollsatzes für gewisse norwegische Fischereikonserven und Tomaten, dem Gesetzentwurf über die Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten und einer Novelle zum Hypothekenbankgesetz zu. Bezüglich der Ernennung der Gemeindevertreter im Verwaltungsrat der neuen Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung **wurde beschlossen,** von den fünf Hauptvertretern der Gemeinden drei dem Städtetag, einen dem Landkreistag und einen dem Landgemeindetag zuzuweisen, von den fünf Selbstverwaltungsvertretern zwei dem Städtetag, zwei dem Städtebund und einen dem Landkreistag. Ein preußischer Antrag, der eine andere Verteilung wollte, wurde mit 35 gegen 33 Stimmen abgelehnt.

Am Freitag vormittag tritt der Reichsrat zur Beratung des Reichsschulgesetzentwurfes zusammen.

*

Preußischer Landtag und Besoldungsreform.

‡ **Berlin,** 13. Okt. Im Preußischen Landtag fand am Donnerstag eine Besprechung der im Hauptausschuß vertretenen Fraktionen statt über die Art der Beratung der Besoldungsvorlage, die am morgigen Freitag dem Hauptausschuß überwiesen werden wird. Die Beratungen sollen im Ausschuß am 24. Oktober beginnen. Es soll mit dem Hauptausschuß des Reichstages fortlaufend Fühlung genommen werden, damit möglichst eine Übereinstimmung in der Fassung erzielt wird. Es ist mit Sicherheit damit zu rechnen, daß nach Wiederzusammentritt des Landtages Mitte November die Besoldungsvorlage alsbald verabschiedet werden kann.

Flaggendebatte im Landtage.

Der Kampf um die Flaggenverordnung der Staatsregierung.

S **Berlin,** 13. Okt. **(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.)**

Im preußischen Landtag legte heute bei Beratung der vom Staatsministerium am 8. August 1927 mit Gesetzeskraft erlassenen Flaggenverordnung Innenminister Grzesinski, der wohl als Urheber der Flaggenverordnung gelten kann, die Gründe dar, die ihn bewogen hatten, diese Flaggenverordnung mit zu unterzeichnen bzw. zu erlassen. Er fügte noch hinzu, daß die Gemeinden die Pflicht hätten, schwarz-rot-goldene Flaggen zu beschaffen. Neben den Reichsfarben seien nur noch zugelassen Länderflaggen und Städtebanner bzw. Gemeindeflaggen. Der Redner stellte dabei den interessanten Grundsatz auf, daß die Gemeinden sich im Interesse der Autorität in der Staatsregierung fügen müßten, denn wie Reichsrecht Länderrecht brächte, so brächten Länderrechte auch Kommunalrechte. Die Haltung des Oberbürgermeisters Boeß in der Frage der Beflaggung der Hotels begrüßt er noch besonders mit Dank und bezeichnet es als bemerkenswert, daß die Beilegung der Differenzen mit den Hoteliers nur dadurch habe erledigt werden können, daß die Stadt Berlin und der preußische Staat mit aller Deutlichkeit dartaten, daß die Reichsfarben schwarz-rot-gold und nicht anders sind. Von der Rechten des Hauses wurde nochmals die Notverordnung auf das energischste bekämpft.

Zu einigen stürmischen Auftritten führte dann die nachfolgende Rede des sozialdemokratischen Abg. Leinert, der gegen schwarz-weiß-rot als „die Parteifahne der Deutschnationalen" zu Felde zog. Minutenlange Pfuirufe ertönten, als Leinert in nicht gerade geschickter Weise den Satz präge: „Unter schwarz-weißrot ist Deutschland zusammengebrochen, unter schwarz-rot-gold ist es wieder aufgebaut worden", ein Ausspruch, der durchaus schief ist und auch an und für sich in diesem Ausmaße keine Berechtigung hat.

Für das Zentrum stimmte der Abg. Bergmann der Verordnung zu und gab dem Bedauern Ausdruck, daß die verfassungsmäßigen Hoheitszeichen der Republik von weiten Kreisen nicht beachtet, sondern geschmäht und mißachtet werden. Schwarz rot-gold als Fahne der deutschen Republik dürfe nicht auf gleiche Stufe gestellt werden mit anderen Flaggen. Redner verlangt mehr politische Toleranz und mehr Gemeinschaftsgefühl. Er stimmt dabei dem Ausspruch des Herrn von Kardorff bei der Verfassungsfeier zu, der unter Anerkennung von schwarz-weiß-rot auch Anerkennung für die verfassungsmäßigen Farben schwarz-rot-gold forderte. Einen Volksentscheid hält Abg. Bergmann nicht für ratsam, da dieser die Kluft nur noch mehr vertiefen würde. Der Redner der Deutschen Volkspartei, Abg. von Campe, sah ähnlich dem deutschnationalen Vorredner, Dr. von Winterfeldt, in der Notverordnung einen unzulässigen Eingriff in die Selbstverwaltung der Gemeinden und hält die Voraussetzungen für eine Notverordnung unter Ausschaltung von Staatsrat und Landtag ebenfalls nicht für gegeben. Er verlangt deshalb nochmals eine grundsätzliche und objektive Prüfung im Ausschuß, damit nicht an den Grundpfeilern der Selbstverwaltung gerüttelt würde.

Unter lebhafter Unruhe des Hauses greift dann noch Ministerpräsident Braun in die Debatte ein und legt die Gründe dar, die für die preußische Regierung bestimmend gewesen sind für den Erlaß der Notverordnung. Der Ministerpräsident gesteht bei dieser Gelegenheit ein, daß er sich im Weimarer Plenum gegen die Aufrollung der Flaggenfrage gewandt habe, weil er die schweren Konflikte, die sich jetzt auswirken, vorausgesehen habe. „Wie die Dinge aber jetzt liegen, sind als Reichsfarben schwarz-rot-gold festgesetzt. Es muß daher nicht nur für die Behörden, sondern für jeden Deutschen selbstverständlich sein, daß die schwarz-rot-goldenen Farben zu achten sind", Worte, die in der Mitte des Hauses und links lebhaften Beifall hervorriefen.

Daß die Kommunisten ihre Gegnerschaft zu dieser Republik zum Ausdruck bringen und mit einigen faden Witzen sich in den Flaggenstreit einmischten, war vorauszusehen. Ein kommunistischer Redner entfaltete am Schluß seiner Ausführungen eine rote Fahne, die er unter dem billigen Beifallsklatschen seiner Genossen und auch einiger Tribünenbesucher, die wohl extra als Claqueure bestellt waren, einigemale über dem Rednerpult hin und her schwingt.

Die Debatte geht dann noch einige Zeit weiter, ohne aber irgendwie Neues zutage zu fördern, und das Haus vertagt sich schließlich gegen 7 Uhr.

Sitzungsbericht.

pd **Berlin,** 13. Okt. **(Tel.)**

Im weiteren Verlaufe der Beratungen über die

Ausführungs-Verordnung zum Reichsgesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten

fordert Abg. Frau **Hetzberger** (Z) Zurückverweisung der Vorlage an den bevölkerungspolitischen Ausschuß.

Abg. **Sellheim** (K) stimmt dem zu.

Abg. **Schmitzan** (D) begrüßt, daß durch die Vorlage endlich die Behandlung der Geschlechtskrankheiten durch Kurpfuscher unmöglich gemacht worden sei.

Ein Regierungsvertreter legt dar, daß es infolge des langsamen Ganges der Reichsgesetzgebung der preußischen Regierung unmöglich geworden sei, die Verordnung rechtzeitig vorzulegen. Die Verordnung wurde darauf dem bevölkerungspolitischen Ausschuß überwiesen.

Das Haus stimmt dann einer Verordnung über das **Diensteinkommen der Gewerbe- und Handelslehrer und -Lehrerinnen an den Berufsschulen** ohne Aussprache zu.

Das Haus geht dann zur Beratung der bekannten

Flaggenverordnung der Staatsregierung vom 8. August 1927

über.

Innenminister **Grzesinski** nimmt als erster Minister das Wort und weist darauf hin, daß das Staatsministerium in immer wiederholten Verordnungen die Auffassung vertreten habe, daß es notwendig sei, am Verfassungstage bei der Beflaggung der Staats- und Gemeindegebäude den Reichsfarben Schwarzrotgold den ihnen gebührenden Platz einzuräumen und die nötige Achtung zu erweisen. Es habe bei den Besprechungen im Staatsministerium immer Klarheit darüber geherrscht, daß die Rechtsgrundlage für die Regelung der Flaggenfrage durch Erlasse gegeben war. Die Staatsregierung habe die Begründung des entgegenstehenden Urteils des Oberverwaltungsgerichts erst am 27. Juli bekommen, also nur vierzehn Tage vor dem Verfassungstag. Eine Reihe von Kommunalverwaltungen, die bisher in der Annahme, daß die Beschlüsse des Staatsministeriums eine absolut feste Rechtsgrundlage besäßen, entsprechend diesen Erlassen geflaggt hatten, würden nun möglicherweise nicht mehr flaggen. (Gelächter rechts). Aber das Interesse der Autorität der Staatsregierung habe es erfordert, den einmal eingenommenen Standpunkt durchzuhalten und zu versuchen, die fehlende Rechtsbasis nachträglich zu schaffen. Der Minister gab sodann seiner Verwunderung darüber Ausdruck, das insbesondere die deutsche Volkspartei der Verordnung nicht zugestimmt habe, zumal es sich um die Anfechtung eines Erlasses handele, an dem die Vertreter der Volkspartei seinerzeit mitgewirkt hätten. (Hört! Hört! bei der Mehrheit). Die preußische Staatsregierung werde abwarten, wie der Staatsgerichtshof über die Anrufung der Stadt Potsdam entscheiden werde. Der Minister erklärte, seines Erachtens ginge die Nachprüfung der Voraussetzungen einer solchen Notverordnung den Staatsgerichtshof gar nichts an; denn die Formulierung des Artikels 155 der Verfassung sei bewußt so, daß dem Ermessen der Staatsregierung und des Parlaments weitester Spielraum gelassen werde. Der Minister bezeichnete es als Sache des Landtages, die Auffassung über die Haltung der Staatsregierung zu bestätigen oder die Verordnung aufzuheben. Von einem Eingriff in die Selbstverwaltung könne keine Rede sein, zumal auch Landesrecht vor Kommunalrecht gehe. Der Minister wandte sich dann der Beantwortung einer deutschnationalen Anfrage über den Flaggenkonflikt der Stadt Berlin mit den Hoteliers zu und erklärt, daß er eine Methode, wie sie in einer Anfrage des deutschnationalen Abgeordneten Roth zum Ausdruck komme, bisher noch nicht erlebt habe. Die Staatsregierung danke es dem Berliner Oberbürgermeister Boeß, daß in der entschiedensten Weise das, was von der Staatsregierung für notwendig gehalten wurde, für Berlin durchgeführt wurde. (Beifall links und in der Mitte.) Es bleibe bemerkenswert, daß die Beilegung der Differenzen mit den Hoteliers nur dadurch erledigt werden konnte, daß die Stadt Berlin und der preußische Staat mit aller Deutlichkeit gezeigt hätten, daß die Reichsfarben Schwarzrotgold und nicht andere sind. (Lebhafter Beifall links und in der Mitte).

Abg. Dr. **von Winterfeld** (DN) erklärt, der preußische Innenminister habe nicht nachgewiesen, daß und warum eine Staatsnotwendigkeit dafür vorlag, eine Notverordnung zu erlassen. Ein höchst beschämender Vorgang sei es gewesen, daß die preußische Staatsregierung bei dem Empfang der Arbeitgeber im Hotel „Esplanade" in Berlin nicht vertreten gewesen sei. Es habe nicht genügt, daß die schwarzrotgoldene Fahne neben der Preußen-Fahne und der schwarzweißroten Handelsflagge gezeigt wurde. (Hört! Hört! und Lärm recht). Die Flaggenverordnung stelle einen unerhörten Boykott und Gewissenszwang dar. Das Staatsministerium treibe krasseste Parteipolitik. Der Kampf gegen Schwarzweißrot werde die Ueberzeugung bestärken, daß nur unter dieser Fahne Deutschland wieder einer Zukunft entgegengehen werde. Der Redner lehnt die Notverordnung ab und beantragt Überweisung an den Verfassungsausschuß. Es genüge, wenn die Kommunen wie früher die preußische schwarzweiße Fahne zeigen. (Inzwischen hat Ministerpräsident Braun am Regierungstisch Platz genommen)

Abg. **Leinert** (S) stimmt der Überweisung der Verordnung an den Verfassungsausschuß zu. Der Redner betont, daß die Verordnung im ständigen Ausschuß nach der Geschäftsordnung durchaus rechtmäßig zustande gekommen sei. Wenn die Hoteliers von einer „Hissung" beider Reichsflaggen sprächen, so müsse klargestellt werden, daß Schwarzweißrot keine Reichsflagge ist. (Sehr richtig links). Es sei falsch, immer zu erklären, daß unter den Farben Schwarzweißrot die Soldaten in den Krieg gezogen sind. Schwarzrotgold sei keine Parteifahne. Schwarzweißrot sei die Parteifahne der Deutschnationalen, wie aus deren Wahlruf hervorgehe. Die Deutschnationalen wüßten genau, daß sie bei einer Volksabstimmung über die Flaggenfrage eine gewaltige Niederlage erleiden würden. (Lebhafter Widerspruch rechts.) **Redner wird von minutenlangen Pfui-Rufen** unterbrochen, als er erklärt, unter Schwarzweißrot sei Deutschland zusammengebrochen und die Farben Schwarzweißrot seien es gewesen, die der Deutschen Republik die größten Hindernisse bereitet haben. Unter Schwarzweißrot seien Rathenau und Erzberger ermordet worden. (Erneute Pfuirufe und Protestkundgebungen rechts.) Der Redner erklärt zum Schluß: Wir wollen Schwarzweißrot in der Republik keine Freistätte lassen! (Hört! Hört rechts, Zuruf: Verhetzung.) Schwarzrotgold wird Deutschland eine Zukunft geben, die nicht in dem Schlamassel endet wie unter Schwarzweißrot. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen links, stürmische Gegenkundgebung rechts.)

Abg. **Bergmann** (Z) stimmt der Verordnung zu und bedauert, daß die verfassungsmäßigen Hoheitszeichen der Republik von weiten Kreisen nicht geachtet, sondern geschmäht und mißachtet werden. Das wäre bei anderen Völkern nicht möglich. Den verfassungsmäßigen Hoheitszeichen gebühre aber Achtung, und denen, die diese Achtung nicht zeigten, sagten seine (des Redners) Freunde den schärfsten Kampf an. Ein Volksentscheid über die Flaggenfrage würde die Kluft nur noch mehr vertiefen. Die Gegner müßten sich in dieser Frage abfinden

Abg. **Kasper** (K) erklärt, für den Flaggenstreit hätte die ganze Welt nur ein Lachen übrig. Die bürgerliche deutsche Republik sei eine Republik der Schande. Den ganzen Flaggenstreit könne man mit den Worten charakterisieren: Republik oder Aschinger ist hier die Frage. Die Kommunisten wünschen die schwarzweißrote Fahne nicht nur auf den Misthaufen, sondern auch ihre restlose Vernichtung. (Erregte Zurufe bei den Deutschnationalen.)

Ministerpräsident **Braun** erklärte, wenn überhaupt eine gesetzliche Basis für die Verordnungen über die Beflaggung zu geben war, dies in Gestalt einer Notverordnung geschehen müsse. Er glaube nicht, daß es in der Flaggenfrage einen Ausgleich gebe. Als Reichsfarben seien Schwarzrotgold festgestellt. Es müßte daher nicht nur für die Behörden, sondern für jeden Deutschen selbstverständlich sein, daß die schwarzrotgoldenen Farben zu achten sind. Die schwarzrotgoldenen Farben müßten heute ebenso geachtet werden wie unter dem alten System die schwarzweißroten. Solange die verfassungsmäßige Bestimmung besteht, müsse jede Regierung und jede öffentliche Körperschaft dafür Sorge tragen, daß die schwarzrotgoldene Flagge zur Geltung kommt. Wenn man auf diese Weise auch keine Liebe zur Republik erzwingen könne, so könne die Regierung doch verlangen, daß auch diejenigen, die innerlich mit ihrer Auffassung zum alten Reich stehen, Verfassung und Gesetz achten. Von den Rednern der Rechten sei gesagt worden, man müßte auch dem Symbol der Vergangenheit Achtung entgegenbringen. Der Min.-Präs. erklärte, er stimme dem zu. Diese Dinge stelle man aber pietätvoll in einem Museum auf. Der Ministerpräsident erklärte zur Rechten gewendet: „Glauben Sie, daß, wenn man heute in einem Museum die kurbrandenburgische Seeflagge sieht, das vielleicht eine Nichtachtung der Symbole der Vergangenheit ist?" Man dürfe die alten schwarzweißroten Fahnen nicht als Symbol für die heute bestehende Staatsform zu verwenden suchen. Es gäbe nach der Reichsverfassung nur eine schwarzrotgoldene Nationalflagge und die schwarzweißrote Handelsflagge mit der Gösch. Alles andere widerspreche dem klaren Wortlaut der Verfassung. Die Staatsregierung werde auch in Zukunft jeden Versuch einer anderen Auslegung entschieden entgegentreten. Man komme aus dem Flaggenstreit nur heraus, wenn die Anhänger der alten Fahne sich mit dem gegebenen verfassungsmäßigen Zuständen abfinden. Was den Vorwurf angehe, daß er die schwarzweißrote Fahne als deutschnationale Parteifahne bezeichnet habe, verweise er auf einen Bericht der „Kreuzzeitung", wonach in Königsberg erneut als Programm der Deutschnationalen Volkspartei festgestellt wurde, die Politik der Befreiung von der Fremdherrschaft, die Politik des monarchistischen Gedankens und die Politik unter den Farben Schwarzweißrot. (Lärmende Zwischenrufe rechts). Mit der von den Deutschnationalen beim Eintreten in die Reichsregierung übernommenen Verpflichtung, die Reichsfarben zu achten, sei nicht in Einklang zu bringen, wenn einer ihrer Minister kürzlich erklärt habe, Schwarzrotgold sei eine Parteifahne. **Der Ministerpräsident erklärte zum Schluß: „Die ganze Flaggenfrage ist ja nichts weiter als der Kampf zwischen dem alten und neuen Regime. Deshalb werden wir die Flagge der Republik besonders hochhalten und mit unnachsichtiger Schärfe gegen diejenigen vorgehen, die sie angreifen. Ebenfalls wird die preußische Regierung sich in dieser Haltung nicht irre machen lassen."**

Abg. **von Campe** (DV) weist die Behauptung des Abg. Leinert aufs allerschärfste zurück, daß Morde unter der schwarzweißroten Fahne geschehen seien. (Lärm bei den Sozialdemokraten). Was würde man auf der linken Seite sagen, wenn man solchen Verallgemeinerungen gegenüber darauf hinwiese, daß in der letzten Kriegszeit Flugblätter, die die deutschen Truppen zur Desertation aufreizten, mit den schwarzrotgoldenen Fahnen in den Schützengräben verbreitet wurden? (Großer Lärm links.) Der Redner bestritt dann die Stimmabtretung vom Zentrum an die Sozialdemokraten im ständigen Ausschuß. Da bei keinem Ausschuß des Landtages zurzeit die Mehrheit in den Ausschüssen der Mehrheit im Landtage entspreche, liege die Frage nahe, ob darin nicht auch ein Grund liege, daß das Staatsministerium wie in so vielen Fällen auch die Frage der Flaggenverordnung vor dem ständigen Ausschuß gebracht habe. (Lebhafte Zustimmung rechts). Die Deutsche Volkspartei verlangt mit aller Entschiedenheit zu erfahren, welche positiven Tatsachen vorgelegen haben, die die Regierung zu der Auffassung brachten, daß die Gefahr von Unruhen vorlag. (Zustimmung rechts). Die preußische Regierung habe in der Flaggenfrage, in der man zum Frieden kommen müsse, keine glückliche Hand, und die Reden des Ministerpräsidenten könnten nicht zur Beruhigung beitragen. Redner wandte sich dagegen, daß der preußische Ministerpräsident die durch Ebert geschaffene Reichskriegsflagge als verfassungswidrig erklärt und gegen das Wort des preußischen Ministerpräsidenten „Schwarzweißrot gehöre ins Museum". Dieses Wort erinnere Redner an ein anderes aus erregter Zeit, das er in einem sozialdemokratischen Blatt gefunden habe: „Schwarzweißrot gehöre auf den Misthaufen". Mit der Flaggenverordnung habe die Regierung gegen den Geist der Selbstverwaltung gehandelt. Die deutsche Volkspartei verlange grundsätzliche objektive Prüfung der Frage im Ausschuß. Sie wolle nicht an den Grundpfeilern der Selbstverwaltung rütteln lassen. (Lebhafter Beifall rechts).

Abg. **Kasper** (K) Von der ganzen sogenannten Republik sei nur noch die schwarzrotgoldene Fahne sichtbar. Alles andere sei monarchistisch, kapitalistisch und reaktionär. Der Redner greift die Haltung der preußischen Regierung an Hindenburgs Geburtstag an und wird wegen beleidigender Aeußerungen zur Ordnung gerufen. Zum Schluß seiner Ausführungen entfaltet der Abgeordnete Kasper eine rote Fahne und schwingt sie unter dem Beifall seiner Parteifreunde und einiger Tribünenbesucher über dem Rednerpult hin und her. Präsident Bartels rügt das Verhalten des Redners. Als dann Innenminister Grzesinski das Wort nehmen will ruft der Abgeordnete Kasper ihm zu: „Grzesinski, wollen Sie die rote Fahne?" und entfaltet dabei die rote Fahne abermals. Der Minister legt nochmals den Standpunkt der Staatsregierung zur Flaggennotverordnung dar. Die Gefahr von Unruhen und somit ein Notstand seien durchaus vorhanden gewesen.

Abg. **Ruschke** (D) bezeichnet es als falsch, Schwarzrotgold als die Farben der Revolution zu bezeichnen. Schwarzrotgold sei vielmehr die großdeutsche Flagge. Der Redner polemisiert dann gegen die Haltung der Deutschnationalen in der Flaggenfrage und erklärt weiter, das Auslandsdeutschtum habe erkannt, worum es in der Flaggenfrage gehe. Wie das Verhalten der Hoteliere im Auslande wirke, gehe aus einem Interview hervor, das der Newyorker Bürgermeister der Auslandspresse gegeben habe und wo es heiße, er sei klug genug gewesen, um sich über dieses Phänomen nicht zu äußern. (Hört! Hört! links.) Die Doppelzüngigkeit und Unehrlichkeit der Deutschnationalen, die sich zu einem republikanischen Schutzprogramm bekennen und dabei draußen im Lande in der unwürdigsten Weise die republikanische Regierungsform verleumden müsse nachteilig auf die Bestrebungen für die Befreiung der Rheinlande sich auswirken.

Abg. **Ladendorff** (WVg.) erkennt der Staatsregierung das Recht zu, für die Achtung der Farben Schwarzrotgold einzutreten. Der Weg der Notverordnung dazu sei aber ein falscher gewesen, weil er sich nicht mit dem Prinzip demokratischer Selbstverwaltung vertrage. Schwarzweißrot würde nie zum alten Eisen gestellt werden. Das Verhalten der Staatsregierung gegenüber den Hotels sei ein Eingriff in die Privatwirtschaft.

Abg. **Voß** (Völk.) betonte u. a., die Notverordnung hätte überhaupt keine Mehrheit im ständigen Ausschuß gefunden,

Moskau teilt Paris die Abberufung Rakowskis mit.

tu **Paris,** 13. Okt. **(Tel.)** **Am Quai d'Orsay ist heute eine Note aus Moskau eingelaufen, die besagt, daß die Sowjetregierung Rakowski abberufen werde. Zum neuen Botschafter an Stelle Rakowskis schlägt die Moskauer Regierung den bisherigen Botschafter in Tokio, Dowgalewski vor, der früher Kommissar für Post und Telegraphen war.**

Man rechnet mit der Wahrscheinlichkeit, daß die Moskauer Regierung die Leitung der russischen Delegation bei der russisch-französischen Schuldenkonferenz in Zukunft von der Person des russischen Botschafters in Paris trennen und einen Finanzspezialisten hiermit beauftragen werde. Die größten Aussichten für diesen Posten hat der frühere russische Finanzkommissar, Sokolnikow, der jetzt Mitglied der russischen Delegation in Paris ist.

Starker Zeichnungserfolg der Preußenanleihe.

w **Newyork,** 13. Okt. **(Tel.)** Wie WTB Handelsdienst meldet, ist derhier zur Zeichnung aufgelegte Abschnitt der preußischen Staatsanleihe stark überzeichnet.

Ein amerikanisches Bankenkonsortium hat fünf Millionen Dollar einjährige Schatzscheine des Hamburgischen Staates übernommen.

Sitzung des Reichskabinetts.

w **Berlin,** 13. Okt. **(Tel.)** Das Reichskabinett hielt heute eine Ministerbesprechung ab, die sich vorwiegend mit laufenden Angelegenheiten beschäftigte. Mit der Schulfrage wird sich das Reichskabinett erst nach Erledigung der Vorlage durch den Reichsrat wahrscheinlich am Freitag nachmittag befassen.

Der Altestenrat des Reichstages

ist für Dienstag, den 18 Oktober, 14 Uhr zu einer Sitzung einberufen worden, um die Dispositionen für die am Dienstag beginnende Plenarsitzung des Reichstags zu treffen.

Der evangelische Reichselternbund gegen die preußischen Abänderungsanträge zum Reichsschulgesetz.

vdz **Berlin,** 13. Okt. **(Tel.)** Der Vorstand des evangelischen Reichselternbundes hat zu den Anträgen der preußischen Staatsregierung zum Reichsschulgesetzentwurf in einer Denkschrift Stellung genommen, die soeben dem Reichsminister des Innern übermittelt wurde. Der Reichselternbund gibt darin u. a. den ernsten Bedenken der evangelischen Elternschaft gegen die von Preußen vorgeschlagene Regelung des Überleitungsverfahrens (Paragraph 18) Ausdruck. Er fordert im Interesse einer vereinfachten und reibungslosen Überleitung das Festhalten an der gleichen Behandlung aller gesetzlichen Schularten, wie sie der Regierungsentwurf vorsieht.

wenn nicht das Zentrum zwei seiner Sitze den Sozialdemokraten überlassen hätte.

Abg. Seelmann (DN) erklärte, die rechtlichen Voraussetzungen für den Erlaß einer Notverordnung hätten völlig gefehlt.

Nachdem der Abgeordnete Leinert (S) noch der Auffassung der Geschäftsordnung durch den deutschnationalen Abgeordneten Seelmann widersprochen hatte, wurde die Flaggennotverordnung dem Verfassungsausschuß überwiesen.

Das Haus vertagte sich dann auf Freitag 11 Uhr zur Beratung der Besoldungsordnung.

Einzelheiten zur Besatzungsverminderung.

tu **Mainz**, 13. Okt. **(Tel.)** Wie die Telegraphen-Union zuverlässig erfährt, ist von französischer Seite beabsichtigt, die Besatzungsverminderung im Rheinland in folgender Weise vorzunehmen:

Aufgelöst werden sollen der Stab eines Generalkommandos (33, Trier), sechs Maschinengewehrbataillone (8, 9, 10, 11, 12 und 13) mit den beiden dazu gehörigen Hauptbrigadestäben (16 und 17).

Nach Frankreich zurückgeschickt sollen werden ein Infanteriedivisionsstab (41, Kreuznach), ein Infanterie-Führerstab (41), drei Jägerbataillone (12, 14, 19), ein Pionierbataillon (52).

Nach dieser Aufstellung würde sich die Verminderung der französischen Truppenkontingente auf etwa 6 600 Mann belaufen. An den zugesagten 8000 Mann würden somit noch etwa 1 400 Mann fehlen. Als Zeitpunkt der Verminderung wird der 25. Oktober 1927 genannt. In Kreisen des besetzten Gebietes wird aber befürchtet, daß die französische Generalität beabsichtigt, die restlose Durchführung der geplanten Maßnahmen noch bis zum Jahresende hinauszuzögern, ähnlich wie auch der Abtransport der 900 Belgier erst für Mitte Dezember vorgesehen ist.

Die Engländer beabsichtigen, etwa 1000 Mann Anfang November abzubefördern.

Nach Abschluß der Verminderung ergibt sich für die wahrscheinliche Neugliederung der französischen Besatzungsarmee folgendes Bild: Ein Oberkommando mit Teilen der Armeegruppe Mainz. Ihm unterstellt:

32. A. K. Kaiserslautern mit der 37 Inf. Division im Brückenhopf Mainz und der 77. Inf. Division in der Rheinpfalz.

39. Armeekorps Koblenz mit der 38. Inf. Div. im Brückenkopf Koblenz und an der unteren Mosel sowie der 47. Inf. Div. in der Eifel und im Raume Euskirchen-Düren.

Stab der vierten Kavallerie-Division Trier mit einer Kavallerie-Brigade und vollständigen sonstigen Divisionstruppen um Trier.

Luftbrigade Neustadt an der Hardt.

Größere Verschiebungen der im Rheinland verbleibenden Besatzungen sind nicht zu erwarten. Im allgemeinen werden die Garnisonen dieselben bleiben. Die meisten bisherigen Standorte werden auch weiterhin Militär behalten; nur ganz wenige, darunter Diez und Bad Königstein, werden besatzungsfrei. Da sich die Verminderung ferner auf eine größere Anzahl von Standorten erstreckt, ist mit einer fühlbaren Erleichterung der Besatzungslasten für die Zivilbevölkerung nach den bisher bekannt gewordenen Reduzierungsplänen kaum zu rechnen.

Ministerpräsident Held über die Not der Pfalz.

‡ **Speyer**, 13. Okt. Am Mittwoch nachmittag empfing Reichskanzler Dr. Marx im Regierungsgebäude zu Speyer die Vertreter der pfälzischen Bevölkerung. Zahlreiche Vertreter der pfälzischen Industrie, des Handels, des Handwerks, der Landwirtschaft, der Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände, der Gemeinden und der Beamten sowie der Presse waren erschienen. Der bayerische Ministerpräsident Dr. Held dankte dem Reichskanzler für seinen Besuch und führte u. a. folgendes aus: Der Besuch des Kanzlers in der Pfalz beweise die Verbundenheit des übrigen Deutschland mit dem besetzten Gebiet. Solange wir, so erklärte Dr. Held, die Besatzung einer fremden Macht in unserem Gebiet haben, kann es uns seelisch nicht wohl sein, kann es uns wirtschaftlich und kulturell nicht wohlergehen. Wir sind dankbar dafür, wenn in den letzten Wochen Bestrebungen dahin im Gange waren, dem deutschen Volke nicht nur seine Ehre, sondern auch seine Freiheit wiederzugeben. Wir hoffen zuversichtlich, daß bei der zugesagten Verminderung der Besatzung die Pfalz entsprechend berücksichtigt wird, und daß auch die Wirtschaft in der Pfalz die entsprechende Unterstützung und Erleichterung erfährt, denn es gibt kein Gebiet, das durch den Krieg und die Nachkriegszeit so schwer benachteiligt worden ist wie die Pfalz. Wir müssen für die Pfalz zum mindesten das Gleiche verlangen, was dem Osten und dem Ruhrgebiet für die erlittenen Schäden zugestanden wurde. Man wisse nicht, wie die weltpolitische Konstellation 1935 sein werde, aber man wisse, daß man vielleicht vergebens auf Befreiung der dritten Zone warten müsse, wenn diese Konstellation nicht eine Handhabe dazu biete. Um so mehr habe die Reichsregierung Veranlassung, die ihr heute vorgetragenen Bitten zu berücksichtigen und dafür zu sorgen, daß die Pfälzer Seele gesund und deutsch bleibe, die Pfälzer Wirtschaft nicht zugrunde gehe und die Pfälzer Kultur auch in Zukunft die Rolle spielen könne, die sie in der Vergangenheit gespielt habe. Möge kommen, was kommen will, so schloß der Ministerpräsident, wir halten das Land deutsch, wir werden es retten, nicht nur für uns, sondern für die Wohlfahrt, das Glück und den Segen des ganzen großen deutschen Vaterlandes.

Stegerwald über Lage und Aufgaben des Zentrums.

tu **Buer**, 13. Okt. **(Tel.)** Heute fand hier eine Zentrumsversammlung statt, in der der Abg. Dr. Stegerwald über die Lage und die Aufgaben der Zentrumspartei u. a. ausführte: Im Zentrumslager sei in den letzten Jahren vieles nicht so, wie es sein solle. Diese Dinge dürfe man aber nicht tragischer nehmen als sie seien. Früher sei das Zentrum monarchistisch eingestellt gewesen, während es heute auf dem Boden der Republik stehe. Ein Teil der Anhängerschaft des Zentrums sei während der Linksorientierung nach rechts abgerückt, anderen gefalle es nicht, daß man gegenwärtig mit Rechts zusammenarbeite. Nach dem Zusammenbruch sei das Zentrum als Ausgleichspartei eine deutsche, eine europäische, ja eine Weltnotwendigkeit gewesen. Für absehbare Zeit müsse die deutsche Innenpolitik vornehmlich eine Ausgleichspolitik sein. Keinem maßgebenden Zentrumsführer falle es ein, den Protestantismus durch den Katholizismus politisch beherrschen zu wollen. Freilich müsse man es sich auch in evangelischen Kreisen abgewöhnen, in dem Wunsch nach Gleichberechtigung der Katholiken eine Anmaßung zu sehen. Auch sei es falsch, zu glauben, man könne die Sozialdemokratie dadurch schwächen, daß man sie dauernd von der Regierungsverantwortung ausschließe und daneben ein christliches Schulgesetz mache. Man könne eine falsche Ideologie am besten dadurch bekämpfen, daß man ihre Träger zur praktischen Verantwortung heranziehe. Der Staat werde heute von den breitesten Schichten noch als bloße milchgebende Kuh angesehen. In Wirklichkeit sei der Staat aber dafür da, dem deutschen Volk die Gleichberechtigung unter anderen Völkern zu verschaffen und im Innern ein geordnetes Zusammenleben aller Schichten zu ermöglichen. Das Zentrum sei in Wahrheit die einzige Mittelpartei, die die Brücke zwischen rechts und links schlage.

Deutsches Reich

Der Vorstand des Reichsbeamtenbeirats der Zentrumspartei hat die Zentrumsfraktion des Reichstages und Landtages, sowie die Vertreter der Provinz- und Landesbeiräte, zu einer Tagung für Sonntag, 16. Oktober, vormittags 10 Uhr, im preußischen Landtage in Berlin, einberufen. Neben dem Reichsfinanzminister und den Spitzen der Partei sind Vertreter aller Berufsstände der Zentrumspartei und der christlich-nationalen Arbeitnehmerbewegung, eingeladen.

Die Strafrechtsreform vor dem Reichstagsausschuß.

tu **Berlin**, 13. Okt. **(Tel.)** Im Reichstagsausschuß für die Strafrechtsreform äußerten sich heute juristische Sachverständige zu den beiden prinzipiellen Fragen, ob die Altersgrenze der Strafmündigkeit vom 14. auf das 16. Lebensjahr heraufzusetzen sei und ob für die Strafverantwortlichkeit noch eine besondere Altersstufe zwischen 18 und 20 Jahren zu bilden sei. Der Frankfurter Universitätsprofessor Dr. von Düring sprach sich für die Heraufsetzung der Strafmündigkeit aus. Der zweite medizinische Sachverständige Professor Dr. Kramer hielt es für empfehlenswert, die Minderjährigen zwischen 18 und 21 Jahren einer besonderen strafrechtlichen Regelung zu unterstellen. Der Berliner Jugendrichter, Landgerichtsdirektor Franke, nahm denselben Standpunkt ein. Die Heraufsetzung der Altersgrenze von 14 auf 16 Jahre für die Strafmündigkeit hielten beide Sachverständige nicht für notwendig. Der Ausschuß vertagte sich darauf auf Freitag.

Eine sozialdemokratische Teuerungsinterpellation.

vdz **Berlin**, 12. Okt. **(Tel.)** Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat eine Interpellation eingebracht, in der ausgeführt wird, die Wirtschaft stehe vor neuen Erschütterungen durch weitere Teuerung, Senkung der Reallöhne, Erschwerung der Lebenshaltung aller Konsumenten und Steigerung der Not der Rentner, wenn nicht unverzüglich Maßnahmen getroffen werden, die ein weiteres Ansteigen der Preise verhindern und die Erhöhung der Einkommen fördern. Im einzelnen werden Maßnahmen verlangt, um die Gefahren abzuwehren, die durch die hohen Zinssätze und die Kapitalnot in Deutschland entstanden sind. Es müsse Sicherheit dafür geschaffen werden, daß die Finanzierung des notwendigen Wohnungsbaues nicht durch eine Absperrung von Auslandskrediten in Frage gestellt wird. Durch eine beschleunigte Senkung der Zölle, durch Abschluß von Handelsverträgen insbesondere mit Polen und durch Bekämpfung der Auswüchse der Kartelle müsse ein weiteres Ansteigen der Preise verhindert werden. Den Arbeitern und Angestellten müsse ein Ausgleich für die gestiegenen Lebenshaltungskosten gesichert werden.

Maßregeln des Bremer Senats gegen ungerechtfertigte Preiserhöhungen.

w **Bremen**, 13. Okt. **(Tel.)** Nach den dem Senat zugegangenen Beschwerden sind in letzter Zeit in einzelnen Fällen für Artikel des täglichen Bedarfs und gewerbliche Leistungen Preiserhöhungen eingetreten, die anscheinend der Berechtigung entbehren. Der Senat hat deshalb die beteiligten Kammern ersucht, auf die von ihnen vertretenen Kreise dahin einzuwirken, daß sie ungerechtfertigte Preiserhöhungen unterlassen und erforderlichenfalls rückgängig machen. Zugleich hat er die aus Händlern und Verbrauchern zusammengesetzten Preiskommissionen ersucht, sofort festzustellen, ob und welche ungerechtfertigten Preiserhöhungen vorhanden sind.

Der Fürst Reuß ältere Linie gestorben.

‡ **Weimar**, 13. Okt. Heute nachmittag 3 Uhr verstarb im väterlichen Schloß in Greiz Fürst Heinrich XIV. Reuß ältere Linie an den Folgen einer Lungenentzündung, die er sich vor einigen Tagen zugezogen hatte. Der Fürst stand im 50. Lebensjahr und war der letzte männliche Vertreter des Fürstenhauses Reuß ältere Linie. Eine Schwester des Fürsten, Prinzessin Hermine, ist mit dem ehemaligen Kaiser Wilhelm II. verheiratet.

Aus aller Welt.

Verbot deutscher Theatervorstellungen in Straßburg.

‡ **Basel**, 13. Okt. Die Präfektur in Straßburg hat die Abhaltung von deutschen Theatervorstellungen in Straßburg verboten. Dem Eden-Theater, das seit Monaten Vorstellungen deutscher Gastspieltrupps veranstaltet, ist ebenfalls die Beschäftigung solcher Gasttruppen verboten worden.

Der Ausschluß der 39 Oppositionellen aus der KPR.

w **Moskau**, 13. Okt. **(Tel.)** Prawda veröffentlicht den Beschluß des Präsidiums der Leningrader Kontrollkommission der K. P. Rußlands über den Ausschluß der 39 Oppositionellen aus der Partei, die an den Geheimverhandlungen der Opposition teilnahmen. In dieser Versammlung wurden Maßnahmen zur Verstärkung der fraktionellen Organisation und zur Verschärfung des Kampfes gegen die Partei erörtert.

Aus der Stadt.

Münster, 14. Oktober.

Send!

Was rennt das Volk, was wälzt sich dort, von links und rechts zum Neuplatz fort? So könnte der Fremde, der in diesen Tagen in Münster gekommen wäre, vermundert ausrufen. Wir Münsteraner wissen, was „los" ist: Es ist Send!

Er war, er ist und er wird sein ein Fest der Kinder. Da läßt sich Hans und Grete nicht halten. Sie bestürmen die Mutter, mitzugehen, sie wissen von wunderbaren, phantastischen Dingen zu erzählen. Der Send ist eine Welt voller Märchen. „Nachbars Anne-Marie geht auch hin", sagt die Grete beinahe weinerlich, da die Mutter nicht sofort ihre Bereitwilligkeit erklärt. Und Hans, der in den letzten Tagen auf dem Neuplatz eine neue Hose durchstrapaziert hat, brummt: Diesmal sollen sogar Riesen und Märchenprinzessinnen da sein. Ich habe die Wagen selbst gesehen. — Da läßt sich nun die Mutter erweichen, denn sie weiß ja aus ihrer Jugendzeit, wie sehr man sich auf den Send gefreut hat.

Mutter, Hans und Grete ziehen also zum Neuplatz, der bekanntlich in „Hindenburgplatz" umgetauft ist. Die große Bretterstadt ist wieder aufgebaut. Karussels drehen. Schaukeln fliegen. Schlager tönen. Ausrufer preisen mit heiserer Stimme ihre Ware. Alles war noch nie so billig wie heute. Man bleibt mit Vergnügen hier und da stehen. Dort ist schon die Riesendame mit den Märchenprinzessinnen. Es handelt sich um drei kleine Menschenkinder, nicht etwa verwachsen, sondern von der Natur aus dazu bestimmt, klein zu bleiben. Sie sind aber nicht böse darob, im Gegenteil: sie sind von Herzen froh, und ihre Züge, so hübsch und reizend, umspielt ein gewinnendes Lächeln. Sie bilden auf dem Send eine Sensation. Die beiden Menschenkinder sind ganz Dame, chik nach der Mode gekleidet, und geistig durchaus regsam. Prinzeß Elisabeth ist 18 Jahre alt, wiegt gegenwärtig 9 Pfund und ist nur 45 Zentimeter groß. Die beiden anderen Damen sind 17 Jahre alt und nicht viel größer. Das Gegenstück von ihnen ist die Riesin Katje van Dyk. Solche Sensationen gibt es in Hülle und Fülle. Hans und Grete lachen sich vor dem Kasperle-Theater gesund.

„Die allerletzten Lose hier!" — „Dies ist was für die lieben Kleinen, damit sie lachen und nicht weinen!" — „Der ächte türkische Honig hier, billig, billiger, am billigsten!" — „Diese langen Zuckerstangen muß man Kindern umhangen!" — „In zwei Minuten wird man hier photographiert, mit oder ohne Bart, so schöne Bilder gibts nirgendwo!" — „Hier sieht man Lindbergh über dem Ozean, den kühnsten aller Flieger!„ So klingt es noch nach Stunden in den Ohren der Besucher.

Was soll man noch erzählen? Von dem Riesenochsen, der vor allem das Interesse der Tierliebhaber findet? Aber jeder kann ihn sehen, jeder, — Der Krammarkt ist in diesem Herbst wieder außerordentlich stark besetzt. Das Geschäft schien am ersten Tage recht befriedigend zu sein. Hoffentlich macht das Wetter, das sich gewöhnlich an Sendtagen auf Regen einstellt, diesmal eine Ausnahme. Üppiger Sonnenschein ist allen erwünscht.

*

Von der Gesamtgilde schreibt man uns: „In diesen Tagen entsteht in altgewohnter Weise wieder auf dem „Hindenburgplatz" die große Bretterstadt des Herbstsendes mit all ihrem Flitterglanz und wird erneut ihre Zugkraft beweisen. Trotz der allgemeinen Geldverknappung werden auch diesmal wieder große Scharen von Käufermassen aus Münster-Stadt und -Land auf der Herbstmesse ihre Einkäufe vornehmen. Bei dieser Gelegenheit hat das ordnungsmäßige reelle Gewerbe, daß zur Zeit unter der wirtschaftlichen Not, die durch Kreditschwierigkeiten entstanden ist, besonders schwer leidet, allen Anlaß, die Bürgerschaft auf die durch den Send entstehende Schädigung des heimischen Gewerbes und Handels hinzuweisen. Man kann die Verbitterung in den Gewerbekreisen über die Auswüchse des vielfach unlauteren Wettbewerbes auf dem Send verstehen, wenn man hört, in welch erschreckendem Umfange auch in Münster die Borgwirtschaft beim Handwerk, Gewerbe und Handel wieder eingerissen ist. Während auf der Seite viele einheimische Kunden mit einer gewissen Selbstverständlichkeit erhebliche billige Kredite beim reellen örtlichen Gewerbe und Handel in Anspruch nehmen, betrachten diese selben Bevölkerungskreise es als eine Selbstverständlichkeit, wenn sie auf dem Send alle möglichen Waren in bar einkaufen. Diese unhaltbaren Zustände sind geeignet, daß unbedingt notwendige Vertrauensverhältnis zwischen örtlicher Wirtschaft und Bürgerschaft erheblich zu stören. Das ortsansässige Handwerk und Gewerbe kann mit Recht erwarten, daß zunächst einmal die seit vielen Monaten überfälligen Handwerkerrechnungen beglichen werden, ehe die Bürgerschaft dazu übergeht, Barkäufe auf dem Send vorzunehmen, und dadurch wichtige Betriebsmittel der örtlichen Wirtschaft entziehen."

⊙ **Große Zuchtviehversteigerung in Münster.** Die diesjährigen Herbstversteigerungen der Münsterländer Züchterverbände finden am Mittwoch, den 19. und Donnerstag, den 20. Oktober d. J. in der Halle „Münsterland" in Münster statt. Am 19. Oktober, vormittags 11 Uhr, kommen 100 Eber und 100 Sauen des veredelten Münsterländer Landschweines, und am 20. Oktober, vormittags 11 Uhr, 100 Bullen und 150 tragende Färsen und Kühe des rotbunten westfälischen Tieflandschlages zum Verkauf. Sämtliche zur Versteigerung kommenden Tiere sind durch Kommissionen streng ausgewählt, so daß für Hochzüchter und Gebrauchszüchter beste Gelegenheit zum Erwerb erstklassiger Zuchttiere gegeben ist.

⁂ **Vom Theater der Stadt Münster.** Am Freitag wird für diejenigen Mitglieder des Stammsitzes D, die am letzten Freitag infolge des Vereinskonzertes ihre Stammsitzvorstellung nicht besuchen konnten, die Aufführung des Lustspiels „Die verlorene Tochter" wiederholt. Für Samstag ist nochmals eine Aufführung von Ibsens „Peer Gynt" mit der Musik von Grieg vorgesehen. Am Sonntag wird als erste Nachmittagsvorstellung in dieser Spielzeit der köstliche Schwank „Der dunkle Punkt" von Kadelburg und Presber gegeben; am Abend des gleichen Tages geht die Operette „Gräfin Mariza" von Emmerich Kalman in Szene. Der Vorverkauf zu den beiden Sonntagsvorstellungen beginnt am Freitag; zur Nachmittagsvorstellung gelten Preise 3, zur Abendvorstellung Preise 4.

‡ **Von der Allgemeinen Ortskrankenkasse.** Die Wahl der Vertreter des Ausschusses findet für die wahlberechtigten volljährigen Versicherten am Sonntag, den 27. November, von 9 Uhr vormittags bis 7 Uhr nachmittags in der Turnhalle der Oberrealschule, Mauritz Straße und für die wahlberechtigten volljährigen Arbeitgeber am Montag, den 28. November, von 10 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags im Gebäude der Kasse, Achtermannstraße 2, statt.

-+ **Heiratsschwindler.** Etwa am 20. September 1927 erschien in einer hiesigen Zeitung eine Heiratsanzeige, auf die Offerten unter A A 2310 gewünscht wurden. Den Einsenderinnen von Offerten näherte sich ein verheirateter Mann aus Münster unter falschem Namen. Es konnte ihm bereits in mehreren Fällen nachgewiesen werden, daß er die jungen Damen ausnutzte und u. a. auch Geld erschwindelte. Da anzunehmen ist, daß noch mehr Damen geschädigt worden sind, wollen sich solche bei dem Kriminal-Kommissariat 1 melden.

⁂ **Rohe Burschen.** Der mehrfach wegen Körperverletzung bestrafte Arbeiter Gerhard S. hatte am 24. Juni wiederum einen Zusammenstoß mit einem Taubstummen auf der Bergstraße. Der Dachdecker Heinrich B. begleitete seinen Freund. Ohne Veranlassung waren die beiden Burschen auf den Taubstummen zugesprungen und hatten ihn verprügelt. Das Urteil des Gerichtes lautete jetzt gegen S. auf sechs Wochen Gefängnis, während B. mit 150 Mark Geldstrafe davonkam.

-+ **Schießsport.** Die ersten Tage (Samstag und Sonntag) bei dem Hindenburg-Preis- und -Kampfschießen auf den Schießständen „Hof zur Geist", Hammer Straße, haben bewiesen, wie groß das Interesse an der schießsportlichen Veranstaltung der Schützengesellschaft „Deutsche Eiche" war. Namhafte Schützen Münsters und Umgebung waren zur Stelle, um im harten Kampfe Zeugnis von ihrem Können abzulegen. Nur wenigen war es vergönnt, wirklich gute Schießresultate zu erzielen, so daß man für den nächsten Samstag und Sonntag mit Recht gespannt sein kann, wer die wertvollen Preise erringen wird. Auch von auswärts haben sich viele Schützen angemeldet. Bis jetzt sind 58 Ringe hoch bei 3 Schuß auf 20 er Ringscheibe. Des starken Andranges wegen werden die hiesigen Vereine gebeten, möglichst Samstagmittag oder Sonntagvormittag zu schießen.

Aus den Provinzen.

⊙ **St. Mauritz**, 13. Okt. (Ein Autounfall), der noch verhältnismäßig gelinde abgelaufen ist, ereignete sich gestern abend gegen 9 Uhr auf der Warendorfer Straße. Ein aus der Richtung Telgte kommendes Personenauto fuhr einem mit einem Pferde bespannten Brotwagen eines Bäckermeisters in Handorf in der Nähe der Umgehungsbahn in die Flanke. Das Pferd blieb zwischen der vorderen Schutzstange und dem Kühler des Kraftwagens stecken und konnte nur schwer aus dieser Lage entfernt werden. Es trug schwere Verletzungen an der Brust und an den Hinterbeinen davon. Während das Kraftfahrzeug erheblich beschädigt wurde und nach Münster abgeschleppt werden mußte, wurde der Brotwagen nur gering in Mitleidenschaft gezogen. Personen sind hierbei nicht zu Schaden gekommen.

○ **Albachten**, 13. Okt. (Zur Großen Armee abberufen) wurde heute der Gutsbesitzer Heinrich Eggemann, im hohen Alter von 90 Jahren. Mit ihm schied ein alter Veteran der Feldzüge 1864, 1866 und 1870/71 aus dem Leben.

○ **Greven**, 13. Okt. (Verschiedenes.) Dem Fabrikarbeiter Kaup und seinem Nachbarn Harenbrock in der Bauerschaft Aldrup wurden durch Einbruchsdiebstahl 18 Hühner gestohlen. — Die Besitzung des Viehhändlers August Wortmann an der Doermannstraße ging durch Kauf in den Besitz des Kaufmanns Karl Sasse über. — Das Katholische Arbeitersekretariat hält am 14. Oktober, nachmittags von 4,30 bis 8 Uhr Sprechstunden im Gasthof Bernhard Höwer am Markt ab. Auskunft wird erteilt in allen Fragen des bürgerlichen Rechts sowie in Steuersachen. — Zwei Motorradfahrer, die die Chaussee Greven—Schmedehausen passierten, kamen über Baumstämme, die über die Straße gelegt waren, zu Fall. Glücklicherweise trugen die Motorradfahrer nur leichtere Verletzungen davon.

-+ **Beerlage** b. Billerbeck, 13. Okt. (Ablehnung des Eingemeindungsantrags.) In der heutigen Sitzung der Gemeindevertreter von Beerlage wurde u. a. der Eingemeindungsantrag der Gemeinde Holthausen einstimmig abgelehnt.

-+ **Brochterbeck**, 12. Okt. (Eine recht unüberlegte Tat) vollführte in der Nähe des Kriegerdenkmals ein ungefähr 18jähriger Bursche. Als ein Essener Wagen aus der Richtung Ibbenbüren die Strecke passierte, warf er eine Katze, die er gerade im Arme hielt, dem Chauffeur ins Gesicht. Die Folge war, daß der Fahrer die Herrschaft über den Wagen verlor, und das Auto gegen einen Baum sauste und hier zerschellte. Die Insassen kamen zum Glück mit leichten Verletzungen davon.

Schwerer Straßenbahnzusammenstoß in Düsseldorf.

15 Verletzte.

tu **Düsseldorf**, 13. Okt. Heute vormittag stießen an einer Straßenecke in Düsseldorf infolge falscher Weichenstellung zwei Straßenbahnwagen zusammen. Insgesamt wurden 15 Personen, darunter die beiden Wagenführer, durch Glas- und Holzsplitter leicht verletzt. Der eine Wagen mußte stark beschädigt abgeschleppt werden.

⊙ **Wanne-Eickel**, 12. Okt. (Der Reichspräsident als Pate.) Bei dem siebenten Sohn der Familie Defiatowski hat der Reichspräsident die Patenschaft übernommen. Das Patenkind erhielt den Namen Paul.

⊙ **Bochum**, 13. Okt. (Die sog. „Lenin-Schule") der Kommunistischen Partei Deutschlands für den Unterbezirk Bochum hat seit einiger Zeit ihre Tätigkeit eingestellt, da der schlechte Besuch der Veranstaltungen seit längerem ein Interesse der Funktionäre vermissen ließ.

‡ **Schleper (Kr. Meppen)**, 13. Okt. (Die rettende Geistesgegenwart des Chauffeurs.) Ein der „Hamburger Motorpflug A.-G." gehöriger, viersitziger Personenkraftwagen war auf der Reise Bremen—Oldenburg—Herzlake—Meppen begriffen, als in der Nähe des Bahnhofes Schleper, gegen 8½ Uhr abends, plötzlich die Vorderachse brach und das linke Vorderrad 50 Meter weit seitwärts geschleudert wurde. Zwischen den Chausseebäumen hindurch vermochte noch der Chauffeur das vorwärts arbeitende Auto in den Straßengraben zu steuern. Es wurde, schwer beschädigt, zur Instandsetzung abgeschleppt. Die beiden Insassen blieben wie durch ein Wunder unverletzt.

○ **Minden**, 12. Okt. (Interessante Sprengarbeiten.) Seit Montag befindet sich ein Kommando des Mindener Pionierbataillons in Minden, um unter Leitung einiger Offiziere die in der Weser liegenden starken Fundamente der Pfeiler der alten Weserbrücke zu sprengen. Die Arbeiten werden längere Zeit in Anspruch nehmen, da es sich um außerordentlich feste Sandsteinbauten handelt. Die erste größere Sprengung fand gestern abend statt. Während der Sprengung mußten die neue Hindenburgbrücke und die benachbarten Straßen für den Verkehr gesperrt werden. Die Sprengung ist ohne Unfall verlaufen. Die in der Nähe liegenden Gesteinstrümmer werden durch Greifbagger gehoben.

⁂ **Lienen**, 11. Okt. (Am Volkshochschulheim) fand ein Treffen ehemaliger Schüler und Schülerinnen statt. Pastor Thiemann sprach „über den Einfluß auf unsere Mitmenschen". — Am 1. November beginnt am Volkshochschulheim wieder ein Lehrgang für junge Männer.

○ **Aus dem Oldenburgischen Münsterlande**, 11. Okt. (Allerlei.) In Angelegenheit der Löninger Brandstiftungen hat man zufolge der Entsendung von Kriminalbeamten der Landesbrandkasse nach Löningen einige Verhaftungen, darunter angesehene Persönlichkeiten, vorgenommen. — In Mühlen wurde eine in der südoldenburgischen Landwirtschaft angesehene Persönlichkeit, der an Altersschwäche verstorbene Zeller H. Schockemöhle sen. unter großer Teilnahme zu Grabe getragen. — Der Termin der Landtagseinberufung steht noch nicht fest. Man nimmt an, daß die Regierung zuerst weitere Verhandlungen mit der Reichsregierung und mit den übrigen Länderregierungen abwarten will. — Von der seit einigen Tagen in Oldenburg verschwundenen Thea Raschen fehlt noch immer jegliche Spur. Das junge Mädchen ist nach einer Festveranstaltung von einem jungen Mann nach Hause begleitet worden. — Das Oldenburger Bundeskriegerfest des Jahres 1928 ist in Cloppenburg.

-+ **Quakenbrück**, 10. Okt. (Für eine Million Mark) verkaufte Freiherr von Schorlemer die rund 1000 Morgen großen Güter Behr und Arkenstede an ein Bremer Konsortium.

Vermischtes.

* **Der verbrecherische Anschlag auf einen Eilzug bei Altenburg.** Leipzig, 12. Okt. Auf der neuen Eisenbahnstrecke Leipzig-Hof ist, wie kurz gemeldet, am Diens agabend gegen 7 Uhr ein Anschlag auf den Leipziger Eilzug verübt worden. Auf der Staatsstraße Leipzig—Zwickau sind zu Teerarbeiten benötigte Fässer aus Blech von der Straßenbauverwaltung in gewissen Abständen gelagert. Bei Lehndorf im Kreise Altenburg wurde am Dienstagabend von unbekannten Verbrechern eines dieser schweren Teerfässer von einer Straßenbrücke auf den Bahndamm hinuntergerollt. Ein Güterzug fuhr das Hindernis an und schleppte es eine Strecke lang mit sich, bis er durch die selbsttätige Luftdruckbremse zum Stillstand kam. Die Lokomotive des Güterzuges wurde stark beschädigt, so daß sie den Zug nur noch bis zur nächsten Bahnstation bringen konnte. Die Verbrecher wollten anscheinend den acht Minuten später fälligen Eilzug Nr. 867 nach Leipzig zur Entgleisung bringen. Die Reichsbahngesellschaft hat noch in der vergangenen Nacht eine Untersuchungskommission an den Tatort gesandt. Verdächtig sind zwei junge Burschen, die kurz vor dem Vorfall die Straße nach Altenburg entlang wanderten. Die Polizei hat die Suche nach diesen Burschen aufgenommen.

* **Hamburger als Opfer der Fremdenlegion.** Hamburg, 13. Okt. Ein aus der Fremdenlegion zurückgekehrter Süddeutscher erklärte, daß er im Juni 1920 mit einem Hamburger aus der Fremdenlegion desertiert sei. Dieser sei aber später wieder eingefangen worden und in einem Gefecht gefallen. Ein weiterer Hamburger soll an erlittenen Verletzungen in einem Lazarett in Fez verstorben sein.

* **Familiendrama.** Bruchhausen (Kr. Hoya), 12. Okt. Hier fanden Schornsteinfeger, die ihrem Gewerbe nachgingen, die Frau eines Maurers unter schweren Vergiftungserscheinungen in ihrem Bette auf, während der Ehemann tot unter dem Bett hervorgezogen wurde. Die Frau wurde sofort nach dem Krankenhaus gebracht, doch ist sie noch nicht vernehmungsfähig, so daß man auch noch nicht weiß, was bei dem erst seit kurzem verheirateten Ehepaar vorgefallen ist.

* **Schweres Automobilunglück.** Rudolstadt, 13. Okt. Auf der Fahrt von Rudolstadt nach Jena fuhr ein mit vier Personen besetztes Automobil bei dem Dorf Etzelbach in voller Fahrt gegen einen Baum. Das Automobil wurde vollkommen zertrümmert, ein Insasse wurde getötet und die drei anderen wurden schwer verletzt.

* **Eisenbahnunfall bei Hersfeld.** Frankfurt a. M., 13. Okt. Heute vormittag 9,40 Uhr, überfuhr der aus Frankfurt kommende Schnellzug D 41 an einem Bahnübergang am Südende des Bahnhofs Hersfeld ein mit Dünger beladenes Fuhrwerk. Ein 10jähriges Mädchen wurde getötet und der hintere Teil des Wagens zertrümmert.

* **Über Bord gespült und ertrunken.** London, 13. Okt. Den Blättern zufolge traf hier heute der Dampfer „Antinous" der „Mobil-Oceanic-Dampfschiffahrts-Gesellschaft" ein, der sieben Tage von Mobil Alabama entfernt im Atlantischen Ozean einen furchtbaren Sturm durchmachte, bei dem drei Mitglieder der Mannschaft, darunter der 23jährige Bootsmann Otto Rehben aus Berlin, über Bord gespült wurden und ertranken.

Die Insassen des „American Girl" notgelandet und gerettet.

w **Newyork**, 13. Okt. **(Tel.)** Ruth Elder hat der Pariser Vertretung von Associated Preß drahtlos mitgeteilt, daß sie auf hoher See niedergehen mußte.

Amsterdam, 13. Okt. **(Tel.)** Einer hier soeben radiotelephonisch empfangenen Nachricht zufolge ist das amerikanische Flugzeug „American Girl", von dem lange keine Nachricht vorlag, nicht weit von der amerikanischen Küste von dem holländischen Dampfer „Barendrecht" gesichtet worden. Das Flugzeug trieb auf dem Wasser. Die Insassen wurden vom Dampfer aufgenommen. Die „Barendrecht" ist am 8. Oktober vom Hafen Rotterdam mit Bestimmung nach Keywest abgefahren.

Paris, 13. Okt. **(Tel.)** Eine hier eingetroffene Meldung von Frl. Ruth Elder bestätigt, daß sie mit ihrem Flieger Haldmann vom Dampfer „Barendrecht" aufgenommen worden ist. Beide seien wohlauf. Das Flugzeug „American Girl" habe einen Bruch der Ölleitung erlitten. Die „Barendrecht" ist ein holländischer Petroleumdampfer, der am 21. September Valencia in Spanien mit der Bestimmung Houston (Texas) verlassen hatte und sich am 10. Oktober 140 Seemeilen südwestlich vom Kap Landsend befand.

Newyork, 13. Okt. **(Tel.)** Ein Funkspruch des Passagierdampfers „Olympie" meldet, daß Ruth Elders und ihr Begleiter auf der Höhe der Azoren von dem Dampfer „Barendrecht" aufgenommen worden sind. Wie man glaubt, befindet sich dieser Dampfer bei 19 Grad westlicher Länge und 46 Grad nördlicher Breite ungefähr 800 Kilometer nordöstlich von den Azoren.

*

Heute nachmittag Weiterflug der Lissaboner Flieger.

tu **Lissabon**, 13. Okt. Nach einer Lissaboner Havas-Meldung werden die deutschen Flieger an Bord des Flugzeuges D 1230 heute 16,30 Uhr nach Amerika weiterfliegen.